

709/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Karl Schweitzer, DI Hofmann
und Kollegen

betreffend Atomenergie und Osterweiterung

Die österreichische Politik hat sich in den letzten Jahren in Form von Regierungserklärungen und parlamentarischen Entschliefungen für eine aktive Abkehr von der energetischen Nutzung der Kernenergie in Europa ausgesprochen und Maßnahmen zur Umsetzung dieses Zieles gefordert.

Ziele dieser Bemühungen sind der dauerhafte Schutz von Leben und Gesundheit aller Europäer insbesondere der österreichischen Bevölkerung, und die Bewahrung der Umwelt vor irreparablen Schäden als Folge einer verfehlten Energiepolitik.

Spätestens seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl sollte allgemein bekannt sein, daß die energetische Nutzung der Kernenergie im Katastrophenfälle unermessliche Schäden an Mensch und Umwelt anrichtet. Jüngste Störfälle (etwa das ukrainische AKW Riwne, das russische AKW Kursk betreffend) zeigen den vorhandenen dringenden Handlungsbedarf der Abhilfe.

In einer Zeit steigender Sensibilität, mit der man sich des Atomthemas annimmt (beispielsweise entschied sich das Kernenergieland Frankreich zum Superphenix - Stopp), sollte sich die Bundesregierung ihrer wiederholten Versprechen erinnern und effizient eine Anti - Atom - Linie vertreten. Was bietet sich dazu besser an als die bevorstehende EU - Osterweiterung? Aufgrund der jedem Mitgliedsland eingeräumten Vetomöglichkeit könnte Österreich seine Zustimmung zum Beitritt der mitgliedswilligen Staaten an folgende Forderungen knüpfen:

1. die beitriftswilligen Staaten haben zu Beginn konkreter Aufnahmegespräche verbindliche Atomausstiegskonzepte vorzulegen;
2. spätestens zum Beitrittszeitpunkt haben diese Staaten nachzuweisen, daß der Atom - ausstieg vollzogen ist;
3. Schaffung von Finanzierungsinstrumenten in den zuständigen EU - Organen zur Mithilfe in der Umsetzung der Ausstiegskonzepte.

Die Bundesregierung soll weiters darauf hinwirken, daß die EU nach dem Vorbild der Weltbank keine Kredite für den Ausbau der Kernenergie vergibt und generell keine finanziellen Mittel dafür einsetzt.

Hingegen sind die erneuerbaren Energieformen aus Umwelt-, Wirtschafts- und Arbeitsplatzgründen zu forcieren.

Die österreichische Regierung hat insbesondere für Kernkraftwerke sowjetischer Bauart die sofortige Stilllegungsoption zu verfolgen. Das gilt insbesondere für die AKW Dukovany, Temelin, Paks, Bohunice, Mochovce und Kozloduy. Aber auch bei anderen AKW ist die ehestmögliche Stilllegung anzustreben (etwa Krsko).

Das Atommüllendlager Dukovany muß verhindert werden, es stellt in Verbindung mit dem AKW nach Aussagen internationaler Experten ein extremes Gefahrenpotential“ dar.

Das Atommüllager verfügt nicht einmal über die primitivsten Sicherheitsvorkehrungen, soll aber 2000 Tonnen Atommüll an unserer Grenze lagern.

Nachdem die Koalition im Umweltausschuß den Atombereich durch mehrmaliges Vertagen gegen die Stimmen der Opposition hinausschiebt und auf EU - Ebene manch fragwürdiges Abstimmungsverhalten zeigt, könnte die Bundesregierung bei den Beitrittsverhandlungen ihre Versprechen einlösen und so die Vermutung widerlegen, daß diese Aussagen bloße Leerformeln darstellen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden Entschließungsantrag

Der Nationalrat möge beschließen:

Die österreichische Bundesregierung wird ersucht, ihre Anti - Atomlinie konsequent im Rahmen der EU - Beitrittsverhandlungen zu vertreten und gegebenenfalls das Vetorecht gegen beitriftswillige Staaten, die nicht rechtzeitig von der Atomenergie Abstand nehmen, auszuüben:

1. Die beitriftswilligen Staaten haben zu Beginn konkreter Aufnahmegespräche verbindliche Atomausstiegskonzepte vorzulegen;
2. spätestens zum Beitrittszeitpunkt haben diese Staaten nachzuweisen, daß der Atom - ausstieg vollzogen ist;
3. Schaffung von Finanzierungsinstrumenten in den zuständigen EU - Organen zur Mithilfe in der Umsetzung der Ausstiegskonzepte;
4. keine EU - Gelder bzw Kredite für den Ausbau der Kernenergie;
5. sofortige Stilllegung der AKW sowjetischer Bauart (etwa Dukovany, Temelin, Paks, Bohunice, Mochovce, Kozloduy);
6. Verhinderung des grenznahen Atommüllendlagers Dukovany;
7. Änderung der Zielsetzungen des EURATOM - Vertrages (schrittweise Reduktion der Forschungsförderung neuer Reaktortypen und Technologien im Kernenergiesektor);
8. verstärkte Förderung der erneuerbaren Energieformen;
9. die Bundesregierung wird ersucht, dem Parlament laufend über den Stand der Umsetzung dieser Maßnahmen zu berichten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß verlangt.